

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auszchl. Postbestellgebühren. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 25. Oktober 1910.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Veranlassungs-, Vergünstigungsferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 124.

Kein Buchdrucker ohne den über alle Gebiete und Fragen des beruflichen, gewerblichen, organisatorischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens eingehend und selbständig informierenden, Dienstags, Donnerstags, Sonnabends erscheinenden

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Das Organ des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat im In- und im Auslande von allen Fachblättern die größte Verbreitung. Es kostet nur 65 Pf. vierteljährlich, für zwei Monate 44 Pf. und für einen Monat 22 Pf. Bestellungen sind rechtzeitig bei den Postanstalten aufzugeben.

Streifzüge.

IV.

Sehen wir nun unsren Streifzug durch die blünderischen Stimpfen nach einer andren Richtung fort. Es geschieht wirklich nicht, weil von uns etwa dem Gutenbergbund eine Bedeutung beigegeben wird, die ihm gar nicht zukommt, sondern um seinen Gönnern und Protoktoren in und außerhalb des Gewerbes ad oculos zu demonstrieren, wie es um ihren Schützling bestellt ist. Man verstehe uns also nicht falsch.

In Nr. 88, im fünften Artikel der „Nachlese“, kam der „Korr.“ auch auf die diesjährige blünderische Wackparade zu sprechen. Daß wir in der Lage waren, darüber mehr zu sagen, als der „Typograph“ mitteilen durfte, konnte doch eigentlich bei unsren Freunden nicht wundernehmen. Na, Herr Hoffschä wundert sich ja auch nicht, sondern stellte sich dumm. So dumm, wie in der Wirklichkeit nicht zu übertreffen. Er meinte, nach mehrmaligem Studium hätte er immer noch nicht gewußt, was in unsrem erwähnten Artikel gesagt und bezweckt werden sollte. Zur Ablenkung von dem äußerst unangenehmen Leuchten hinter die blünderischen Kulissen wandte er dann einen ganz abgebrauchten Trick an, den wir ihm postwendend, aber gründlich verleideten. Darauf blieb er ganz stumm, und bald darauf gab er das ungleiche Spiel auf.

Die in angezogener Nummer ausgesprochene Erwartung, zur gegebenen Zeit noch schärfere Streiflichter auf die Breslauer Tagung werfen zu können, hat sich in mehr als zufriedenstellender Weise erfüllt. Sind uns doch von dem „Protokolle der neunten ordentlichen Generalversammlung des Gutenbergbundes“ gleich mehrere Exemplare zugegangen. Das Interesse an dem Verbandsorgane muß doch im Bunde gar nicht so gering sein! Die Liebeshäufigkeit und der Eifer, daß der „Korr.“ ja nur recht schnell das Breslauer Protokoll erhält, sprechen wohl genug für die in Blünderkreisen nicht etwa vereinzelt anzutreffende wahre Stimmung. Von neuer Kraft und neuer Blüte des Gutenbergbundes, wie man sie sich in Schlesiens Hauptstadt unter den Erwählten und nachher dem gewöhnlichen Volke vorkäufte, zeugt trotz der 3027 papiernen Mitglieder doch ein solches Interesse gegenüber dem Verbandsorgane gewiß nicht. Nun, wir brauchen uns dieses Umstandes keineswegs zu grämen. Dankbar erkennen wir diese wertvolle Unterstützung an. Die überschüssigen Exemplare haben ihren Weg schnell dahin gefunden,

wo es auch nicht überflüssig ist, den wackeren Bund in Nachtzeichnung kennen zu lernen.

Wenn man das stenographisch aufgenommene, trotzdem aber unverkennbar tüchtig frisierte Protokoll durchgeht, sieht man das Bild des Gutenbergbundes immer schärfer als ein trauriges Gemischel von Klein- und Kleinstigkeiten sowie allgemeiner Rat- und Hilflosigkeit. In den seit Halle verflorenen drei Jahren hat man sich gewerkschaftlich weder aus dem „Typograph“ emporgelassen, noch an den W. Gladbacher „Vorbildern“ herausgearbeitet. Der Horizont ist immer noch niedrig und beschränkt. Dabei ist wohl anzunehmen, daß zu Delegierten nicht etwa bei gewissen Gelegenheiten und bestimmter Eigenschaften wegen prämiert Gewordene gekürt worden sind. Und obendrein tägte man alkoholfrei! „Um unsre Tagungen so durchzuführen, wie es der Würde und dem Ansehen unsrer Organisation entspricht“, sagte Thranert. Was ja recht weite Schlüsse zuläßt, wenn es in pocula gegangen wäre.

Das Breslauer Versteck- und Intrigenspiel begann vielsagend und vielversprechend. Es war bisweilen ein wahres Lohwobohu, dem sich auch der neue Mann auf dem blünderischen Throne nicht gewachsen zeigte. Wäre Adam der Riese nicht am zweiten Tage noch eingetroffen, und hätte „unsren lieben Freund und Kollegen, den Herrn Generalsekretär Stegerwald“, wie Thranert den Aufsichtskommissarius des Bundes mehr devot als kameradschaftlich begrüßte, nicht schon von Halle her eine gewisse Personen- und Sachkenntnis befähigt, aller Augenblicke den gordischen Knoten zu lösen, man wäre trotz Abendhitzungen nicht in drei Tagen fertig geworden. Wir haben im Laufe der vielen Jahre so manchen Verbandstag verfolgt und mit Aufmerksamkeit im besondern gelesen, was die Vertretungen der Generalkommission auf den Generalversammlungen zu sagen für nötig fanden. Welch ein Unterschied aber zwischen den Tagungen wirklicher Gewerkschaften und dieser Klimbimvereinslichen Parlamentelei! Stegerwald hinten, Stegerwald vorn und Stegerwald sogar in der Kommission zur Regelung der Anstellungsbedingungen der Beamten des Bundes — der ureigensten Angelegenheit einer Organisation! Stegerwald ordnet Verschiebungen in der Tagesordnung an, greift selbstherrlich in die Geschäftsführung ein, und Stegerwald hält auch das eigentliche Schlüsselwort. Ohne Stegerwald geht überhaupt kein Antrag und Vorschlag durch oder — in den Papierkorb. War das Halle'sche Spektakel schon ein widerliches Wettkriechen, so gestaltete sich die Breslauer faule Posse zu einem eilen Bauchtanze vor dem christlichen Oberhirten. Zum Schluß glaubte der neugebadene Bundespräsident es mit einer (ihm gewiß von niemand verargten) Dankesbezeugung an Stegerwald nicht bewenden lassen zu dürfen, sondern noch dem Wunsch Ausdruck geben zu müssen, daß — Mensch, halt' die Luft an! — „zum Besten der deutschen Arbeiterschaft dem Kollegen Stegerwald eine gute Gesundheit und ein langes Leben erhalten bleiben mögen“. Dann ließ man den „Weiter unsrer christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ noch begeistert hochleben — und der Vorhang senkte sich über dieser Affenkomödie.

Es sind Außerlichkeiten, die wir hier hervorhoben und vorwegnahmen. Aber sie charakterisieren den

Bund treffend in seinem ganzen Wesen. Dieser Bedientengeist ist wirklich echt, ist traditionell. Heute gilt der Servilismus Stegerwald, morgen einem Prinzipal oder einem Faktore, gebildeburgert aber wird immer. Leider muß sogar konstatiert werden, daß es mit der Genickschlappheit nicht besser wird im Bunde. Unter dem alten Jwig, der freilich schlecht auf die „Passengesellschaft“ zu sprechen war, hielt sich 1907 die Verabschiedung Stegerwalds in dem Rahmen normaler Höflichkeit, sein Nachfolger Thranert aber muß wohl irgendwo einmal eine Ausbühlskondition als Wagenknecht abgeleidet haben.

Insofern nachfolgend auf die Verhandlungen näher eingegangen wird, kommen selbstverständlich nur allgemein interessierende Punkte in Betracht, wie sie in der Nachlese von Breslau (Nr. 88) entweder noch gar nicht berührt worden sind oder nicht näher behandelt werden konnten. Den vielen Quark übergehen wir.

Bezeichnend ist, daß gleich zu Anfang der Tagung zum Ausdruck kam, wie wenig Verlaß auf die Mitglieder ist. Die Bundesleitung klagte beweglich — und sie wird jedenfalls genügend Ursache dazu haben —, es gelange zuviel in „unberufene Hände“. Man glaubte mit der 1907 beschlossenen Unterstützung für an der Sechsmaschine sich Auszubildende ein neues Zugmittel gefunden zu haben. Die Erfahrung aber hat gelehrt, daß verschiedene dieser Nutznießer, d. h. jedenfalls nicht zu wenige, nachdem sie schlügge geworden, über ihre Mitgliedschaft im Bunde einfach zur Tagesordnung übergegangen sind. Der Gutenbergbund hat also auf seine Kosten eine Anzahl späterer Verbandsmitglieder zu Maschinensekern heranzubilden lassen. Das ist schmerzlich. Mit allzu großem Vertrauen auf ihre Standhaftigkeit werden die Mitglieder des Bundes absolut nicht beehrt, denn die Maschinensekergänge haben einen Revers unterzeichnen müssen, der sie zur Rückzahlung der empfangenen Unterstützung verpflichtete. Diese Reverse haben sich jedoch als nicht einlagbar erwiesen. Und das war noch schmerzlicher, fäntemalen in der allgemeinen Kasse des Bundes große Eße herrscht, was übrigens auch künftig der Fall sein wird.

Die Vergünstigungen an Übertretende haben die darauf gesetzten Hoffnungen nicht gerechtfertigt. Ein Delegierter mißbilligte deshalb deren Verlängerung. Die Lockspeise hat demnach nicht gezogen, obwohl im „Typograph“ des Aufzählens von Erfolgen gerade in dieser Hinsicht kein Ende ist. Wir konnten also mit Zug und Recht in Nr. 122 die darüber verbreiteten Märchen als Gaukelei bezeichnen.

Die Bundesleitung malt in ihren Publikationen die Situation immer in leuchtenden Farben. Wenn es danach gehen würde, träfen die vielen Versicherungen von dem „neuen Leben“, von dem „neuen frischen Geiste“, von der „gewerkschaftlichen Schulung“ der Mitglieder, welche Wunderthaten alle der Anschluß an die christlichen Gewerkschaften zeitigt haben soll, ja zu. Aber das Papier ist auch in dieser Beziehung sehr geduldig. Wenn diese Schönfärbereien sogar dem „Bundesvater“ Herrmann, der doch gewiß ein alter Praktikus in den blünderischen Schlächen ist, gegen den Strich gehen, so können wir uns recht recht unsren Teil bei dem Ruhmesgemüse, das von dem Bundesgeneralstabe den eignen Mitgliedern wie der Öffentlichkeit per-

manent vorgelegt wird, dabei denken. Herrmann meinte, der Geschäftsbericht triefe förmlich von erfreulichen Sachen: Bei Lichte besehen erscheine aber doch so manches in einem andren Lichte, wolle nicht recht zusammenstimmen und bedürfe der Aufklärung. Im Munde Herrmanns nehmen sich solche Worte des Zweifels ganz anders aus, als wenn von Seiten der Delegierten aus Berlin, wo man mit der überzähligen blindlerischen Regierung gar keinen guten Faden spinnst und eine direkte Unmöglichkeit gegen den Bundesvorstand bestehen soll, in diese Kerbe gehauen wird. Die von dem „bekannten Faktor“ begehrte Aufklärung ist aber keine so einfache Sache, er mußte sich daher von dem Hilfsregisseur Thranert auf die später folgende Komödie hinter den Kulissen verträufen lassen. Wenn schon der Punkt Geschäftsbericht Veranlassung gibt, in die Dunkelkammer zu flüchten, dann o weh! Und da spöttelte Monsieur Hoffsch 1908 über den Verband, der nur eine wirklich wichtige Angelegenheit in geschlossener Sitzung verhandelte, fassend, so etwas werde sich rächen! Der Gutenbergbund ist eben einzig.

Herrmann, der ehemalige Spritzenführer und Mitbegründer des Gutenbergbundes, zeigte sich überhaupt recht kritisch veranlagt und von Zweifeln wie besessen. Er beging sogar das Majestätsverbrechen, von dem Anschluß an die christlichen Zersplitterungsorganisationen eine bespektierlich geringe Meinung zu haben. Der Gesamtverband habe sich um den Bund nicht allzuviel bekümmert. Was wäre von den christlichen Gewerkschaftssekretären für ihn geschehen? Na, es ging dem alten Knaben, der trotz aller Raubheintigkeit doch noch etwas von der selbständigen Denkungsart der Buchdrucker in seiner ostpreussischen Einsiebeleit sich bewahrt zu haben scheint, nicht vom besten, als er die alleinigmachende christliche Gewerkschaftlerlei nicht als den Inbegriff blinderischer Glückseligkeit gelten lassen wollte. Sogar ein Berliner, der vor drei Jahren sich noch nicht zu dem Kotau vor M. Gladbach bequemen wollte, aber die Konsequenzen wie seine gleichgesinnten Kollegen nicht zu ziehen sich getraute, machte nunmehr seine Verbeugung. Der hintende Bote aus Lahr pries die durch den Anschluß im Musterlande erzielten Erfolge besonders laut. Herrmann blieb also isoliert. Jedoch fand der alte Fuchs sich gut aus dieser Situation heraus, indem er mit der Mene des Wiedermanns verächtete, er wäre durchaus kein Gegner der christlich-nationalen Arbeiterbewegung — im Gegenteil. Dieses Intermezzo ist aber trotzdem ein Vorfall, den zu merken sich verlohnt.

Karl Felder, der Mann mit dem jammervollen Deutsch, machte die recht interessante Mitteilung, wie die Öffentlichkeit über den edlen Bund unterrichtet wird. Der von uns schon des öfters als ein Krebsgeschaden kritisierte Waschgettelwesensand hat bei dem Gutenbergbunde Dimensionen angenommen, die das Gemeingefährliche einer solchen Stimmungsmache klar zeigen. An rund 300 Zeitungen in Rheinland-Westfalen will Felder „aufklärende“ Notizen versandt haben. Über 200 Blätter hätten diese Irreführungen auch gebracht, nachdem zum Teil noch ein persönliches Schweifwedeln bei den Redaktionen stattgefunden hatte. Wenn dadurch dem Bund auch nicht ein Deut mehr Gewicht im gewerblichen Leben zuteil wird, diese Täuschungsmanöver verfehlen im allgemeinen doch nicht gänzlich ihren Zweck. Es wird also gewissermaßen grober Unfug von Seiten der in Betracht kommenden Presse mit dieser hintergrundlosen Reklame für den Gutenbergbund getrieben. Da der rheinische Bundesgeneral eine noch intensivere Unbeteilei der Zeitungen seines Rayons ankündigte, könnten von unsren Kollegen wohl geeignetenfalls Gegenvorstellungen bei den Redaktionen erhoben werden. Rheinland-Westfalen ist ein eigenartiges Terrain, der Schwerpunkt liegt dort auf konfessionellem Gebiete, die Zentrumsparterie ist daher oben auf. Deren Presse kommt ja auch vorwiegend in Betracht bei dieser Art Agitation für den Bund. Wenn daher der Sendbote aus dem finsternen Münster von der Zentrumspresse eine sehr häufige Unterstützung der Bestrebungen des Verbandes behauptet, so ver-

wechseln sich bei diesem auch sonst nicht schwindelreifen Genegroße nicht so knapp die Begriffe. Jedemfalls wird, wenn in den Felderschen Kompetenzfischen für den Bund der Verband irgendwie eine falsche Beurteilung erfährt, den in Betracht kommenden Redaktionen der Text zu einem andren Besse zugesandt und seine Ausnahme mit Entschiedenheit verlangt werden müssen. Die Leser können sich dann einen Extravers dazu machen und Felders Renommisterei erfährt einen heilsamen Dämpfer.

Es ist eine allgemeine Tatsache, daß auf gewerkschaftlichen Tagungen der Geschäftsbericht stets zu Beanstandungen Anlaß bietet. Geschieht das aber in einem Umfange wie auf der Bundesgeneralversammlung in Breslau — wobei über die Art der Erledigung der brenzlichen Punkte in dem Geheimventikel nicht einmal etwas verlautet —, dann ergibt sich doch wohl ein Widerspruch zwischen diesen von Zweifel und Unwilligkeit wenn nicht gar Mißtrauen zeugenden Anfragen und Ausführungen der Delegierten und den ständig im „Typograph“ und im gedruckten Geschäftsbericht ertöndenen Schalmeklängen, als wäre der Bund ein in heitere Anmut und reinste Harmonie getauchtes kändliches Jdyll.

Da remonstrierten die bösen Berliner gegen die fortgesetzt späte Herausgabe des Rechenschaftsberichts. Nicht Mann im Hauptvorstand (und drei Angestellte, setzen wir hinzu), rief der schwer zu befriedigende Berliner Stadtkommandant Sinderhauf aus, und doch nicht zeitig! Womit er die leidige Beamtenfrage — in Halle bereits ein tüchtiger Jantapfel und in Breslau Gegenstand mancher Verdrießlichkeiten — berührte, die dann bei der Anstellung des Bundesvorstandes noch gehörig die Oberfläche kräuselte. Man kann diesen Unmut aber begreifen. Wie in jeder Zernergorganisation, so sind auch im Gutenbergbunde die Verwaltungsausgaben kaum zu erschwingen. Seit es nach christlich-gewerkschaftlichem Rezept mit der Anstellung nur so flucht, werden diese Schwierigkeiten natürlich nicht geringer. Stellen wir einen Vergleich zwischen den Verwaltungsausgaben nur des Bundesvorstandes und denen unsrer Verbandsleitung an, dann sträuben sich die Haare. Dort nicht weniger als 5,04 M. pro Mitglied und Jahr, hier 73 Pf. Gleichfalls nach den Rechenschaftsberichten für 1909 gemessen, ergeben sich an Agitationskosten allein für den Hauptvorstand des Bundes 1,58 M. auf den Kopf, während im Verbands die auf Konto der Organisationsleitung zu laufende Agitation nur 3 Pf. erforderte. Es läßt sich denken, daß solche Gegenüberstellungen, die auf dem andren Ufer begreiflicherweise niemals vorgenommen werden, im schlimmsten Maße verstimmen müssen. Herr Thranert, der in der Nummer vom 21. Oktober des „Typograph“ dem Verband „eine klatschende Ohrfeige“ mit ganz ordinären Unterstellungen versehen möchte wegen unsrer Verwaltungs- und Agitationskosten, kann sich mit seinen „Feststellungen“ wirklich begeben lassen.

Um Wiederholungen zu vermeiden, lassen wir einige interessante Streiflichter aus dem Geschäftsbericht erst später folgen, wenn von den gleichen Angelegenheiten unter einem andren Tagesordnungspunkte die Rede sein wird.

Im Gutenbergbunde ist die Bummellei der Funktionäre eine ziemlich große. Der Hauptverwalter Janson wußte darüber allerlei zu erzählen. Bemerkenswert ist die Klage, daß die Ausweise für das reichsstatistische Amt über die Arbeitslosigkeit so unpünktlich eingehen; von 77 Ortsvereinen sollen manchmal 20 fehlen. Bei einer so kleinen gewerkschaftlichen Vereinigung, die sich zudem immer rühmt, einen geringen Prozentsatz Arbeitsloser zu haben, ist das gewiß eine Leistung. Wie da die Angaben schließlich zustandekommen, ist ein oder vielmehr kein Rätsel. Mit ihrer Zuverlässigkeit ist es nach dem Jansonschen Bekenntnisse nun aber nichts mehr. Deswegen wird sich jedoch die Bundesleitung nicht abhalten lassen, die ihr von der genannten Reichsbehörde gezollte Anerkennung ob der prompten Lieferung der Arbeitslosenziffern auch in Zukunft mit ruhigem und reinem Gewissen einzustrecken....

Überaus blamabel war die Äußerung des Kölner Delegierten: „Wir wollen den Bund nicht wieder zu einem Kassenvereine stempeln, wie er es früher gewesen ist, wir müssen vielmehr das rein Gewerkschaftliche mehr ausbauen“. Nachdem eine gleiche, eigentlich noch schärfere Bewertung des Bundes — weil den Zustand bis vor wenigen Jahren meinent — in diesem Jahr schon einmal im „Typograph“ stattgefunden hat, ohne von der Redaktion mit einem Worte beanstandet zu werden, kann man diese niedliche Selbstinschätzung doch wohl gelten lassen. Mit diesem zum zweitenmal in kurzer Zeit erfolgten Geständnisse, das auch in Breslau ohne zu nuckeln geschluckt wurde, hat man vom Gutenbergbunde eine schön gelungene Momentaufnahme. Ein Kassenverein als Wiedererwecker und allezeit eifriger Beförderer der Tarifgemeinschaft, was doch der Bund sein will und von seiner Gründung an gewesen sein möchte, ist eine ärgere Flunkerei wohl denkbar? Und ist es denn jetzt etpa anders oder besser?? Das will eine Gewerkschaft, eine berufliche Vereinigung sein, die auch gewerkschaftliche Tendenzen verfolgt??? Na, den Simonadenzug möchten wir einmal sehen, wenn es damit ernst werden sollte!

Tariffreie Helden!

Auch wo man sich der Schmutzkonturrenz bestreift, kann es vorkommen, daß der Schornstein nicht mehr recht rauchen will. Der bekannten tariffreien Firma August Spieß, G. m. b. H. in Saarbrücken V, erging es jetzt nicht anders, es herrschte bei ihr Arbeitsmangel.

Nun war der städtische Etat für 1911 zu vergeben. Der von den Tarifbrüder abgegebene Preis betrug im Durchschnitt etwas über 9 M. August Spieß, der Lilliesche Hofbuchdrucker, kann billiger arbeiten, denn er arbeitet mit „billigen tariffreien Kräften“ und offerierte daher die Seite zu 4,80 M., also zur Hälfte des realen Preises. Um nun nicht wieder, wie bei einer andren von der Stadt zu vergebenden Arbeit, die Offerte unsonst eingereicht zu haben, müssen seine Gefellen die Sache unterstützen. Und mit stolzbewegter Brust werfen sie sich in Position und — petitionieren! Der Bürgermeister möge doch gnädigst der Firma August Spieß die städtischen Arbeiten übermitteln, andernfalls August Spieß seine Sube zumachen und seine Braven die Stätte der Tariffreiheit verlassen müßten. Sie hätten sowieso schon durch den Wegfall der tabellarischen Arbeiten der früheren Stadtverwaltung Malkatt-Burbach (jetzt ein Bezirk mit der jungen Großstadt Saarbrücken) recht fühlbare Ausfälle an ihrem Lohn erfahren, was sie um so schmerzlicher empfanden, als sie doch auch noch die erhöhten Kommunalsteuern zahlen müßten. Und erst die arme Firma August Spieß! Sie, die früher die ganzen städtischen Arbeiten hergestellt, sei nun um all diese fetten Broden gekommen und müße, wenn nicht bald Hilfe in Gestalt städtischer Arbeiten komme, ihre so treu bewährten Gefellen entlassen.

Und sie scheinen Gehör beim städtischen Oberhaupt gefunden zu haben. Denn die einige Tage nach Eingang der Petition erfolgte Bekanntgabe des Resultats der Vergabung des städtischen Stats brachte das für alle tariffreien Prinzipale erstaunliche Resultat, daß der Firma August Spieß der Zuschlag erteilt worden war. Natürlich wegen ihrer Billigkeit.

Sehen wir uns die in Frage kommende Arbeit einmal an, dann ist festzustellen, daß pro Seite durchschnittlich 6-7 Stunden Satzzeit mit Wlegen nötig sind. Man wird sich vergeblich fragen, wie es möglich ist, die Seite mit 4,80 M. an die Stadtverwaltung zu liefern. Unverständlich aber ist auch, wie sich der Herr Bürgermeister einfach über einen Beschluß der früheren Stadtverordnetenkollegien von Saarbrücken und St. Johann hinwegsetzen kann, der bestimmt, daß die städtischen Druckarbeiten nur an tariffreie Firmen vergeben werden dürfen. Unbegreiflich ist uns auch das durch diese Handlungsweise dokumentierte soziale Verständnis. Darin kann doch unmöglich eine Förderung des Handwerks erblickt werden, wenn man von den Prinzipalen verlangt, sie müßten, um städtische Arbeiten zu erlangen, 50 Proz. unter dem realen Preis arbeiten. Wo bleibt da der Lohn für die Arbeiter? Denn so gut wie der Herr Bürgermeister dafür sorgt, daß die Gefellen der städtischen Beamten ganz beträchtlich seit kurzem erhöht wurden, muß er auch einem einfüßigen Prinzipale die Möglichkeit lassen, seine Arbeiter anständig zu entlohnen.

Was nun die Firma August Spieß anbelangt, so scheint sie aus einer früheren Niederlage bei einer ähnlichen Bewerbung sozusagen gelernt zu haben. Damals, im Frühjahr 1910, glaubte sie einen städtischen Druckauftrag erhalten zu können, indem sie den dafür vom Berechnungsamt ermittelten Preis von 450 M. um 150 Mark unterbot. Über sie erhielt die Arbeit trotzdem nicht. Das war durchaus gerechtfertigt. Jetzt kam sie auf den Einfall, ihr tariffreies Personal zu einem Sturm auf das gute Herz des Herrn Bürgermeisters zu mobilisieren. Und Treue um Treue und Tariffreiheit um Tariffreiheit: der Firma Wunsch war Befehl für die tariffreien Spießgefellen, sie petitionierten unter Führung des Herrn

Oberfaktor um Unterstützung der Schmutzkonturen durch die Stadtverwaltung. Ein erhebendes Schauspiel Da die Burbacher Güte ihren Akt, daß jeder ihrer Arbeiter und Angestellten auf die von der Firma August Spieß fabrizierte öffentliche Weinung abonnieren müsse, zurückgenommen hatte, kam das Blättchen merklich auf den Hund. Also galt es, den Ausfall zu decken, und diesen zu suchen und zu finden, mußten auch die Gehilfen sich regen. Insonsten die großmütig verprochene dauernde Kondition eben die längste Zeit gebauert haben würde. Das kommt dort zwar auch sonst vor und ist namentlich in der letzten Zeit mehrmals der Fall gewesen, aber jeder dieser Helden klammert sich eben wie ein Ertrinkender an einen Strohhalbm angstvoll an das Spießsche Spatienfach. Denn wo sollen diese Jammergehalten auch hin? Mit dem Austausch der Tarifreizen beider Fakultäten untereinander ist es auch so ein Ding. Der Arbeitgeberverband hat bis jetzt gar zu wenig Raum zu bieten vermocht. Mit dem Herunterreißen des Bestehenden erschöpft sich seine produktive Tätigkeit. Für die von der Tarifnechtschaft befreiten aufrechten N.-B. hat er gleich gar nichts geleistet. Die dürfen wohl um Arbeit bitten und betteln für ihren auftragsbüchigen Prinzipal, sonst aber sind sie vogelfrei und im Notfall von aller menschlichen Hilfe weit, so weit. Wo!a! Bieweg! Gelden und Heloten, wie man es nehmen und betonen will, aber keine Wuchdrucker.

Es wäre zu wünschen, die tarifstreue Prinzipalität machte ebenfalls energisch Front gegen die Heranziehung eines Tarifinoranzen zur Herstellung städtischer Druckarbeiten. Mit bloßem Räsonieren ist es nicht getan. Gilt es doch ein früheres Jugendstüdnis zu retten. Das jetzige Schulbeispiel mit Spieß könnte vielleicht üble Folgen haben. Dem heißt es kräftig vorbeugen. Also: „Tua res agitur!“

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht.

Zur Reichsversicherungordnung.

Die vom Reichstag eingesezte Kommission hat das dritte Buch — Die Unfallversicherung — nach Verabredung der Kommerzien ziemlich schnell erledigt. Es scheint somit, als wenn die Vorlage doch noch vor Schluß des Reichstags verabschiedet werden sollte. In der Sitzung der Reichsversicherungskommission erklärte am Dienstag, dem 27. September, denn auch der Staatssekretär Dr. Debrüch, daß die verbündeten Regierungen nach wie vor auf das Zustandekommen des ganzen Gesetzes und seine Verabschiedung durch den Reichstag noch in diesem Winter den größten Wert legen und unter keinen Umständen sich mit der Abtrennung einzelner Teile, etwa Kranken- und Hinterbliebenenversicherung, einverstanden erklären könnten.

Was nun die Arbeiten der Kommission anbetrifft, so ist zu erwähnen, daß wesentliche Änderungen des Entwurfs nicht vorgenommen worden sind. An der Organisation der Versicherungsträger hat man nicht geändert, ebensowenig war man geneigt, die Leistungen zu erhöhen. Neben ganz minimalen Verbesserungen hat man auch Verschlechterungen durchzubringen verstanden. Die Unfallversicherung z. B. auf alle Arbeiter und Arbeiterinnen auszudehnen, ebenso auf das Kleingewerbe mit, hat man abgelehnt. Bei der Gewerbeunfallversicherung wurde die Versicherung auf den binnenländischen Erwerb, ferner auf Betriebe, die gewerbmäßig Sprengstoffe oder andre explosive Gegenstände verarbeiten, ausgedehnt. Die Ausdehnung der Versicherung auf die Unfälle auf dem Wege zu und von der Arbeit und auf die Gewerbekrankheiten hat man leider abgelehnt. Unter die sogenannten Gewerbekrankheiten fällt für die Wuchdrucker z. B. die Weirkrankheit.

Wer sich einen Unfall vorzählig zuzieht, erhält bekanntlich keine Rente. Nach dem § 575 schließt nun aber Fahrlässigkeit, selbst großer Vrt, oder verbotswidriges Handeln, den Ersatz des Schadens durch die Unfallversicherung nicht aus. Nach diesen klaren Bestimmungen wird man dem Verletzten die Rente niemals wegen fahrlässiger Herbeiführung des Unfalls verweigern können.

Nach der Vorlage sollten die Berufsgenossenschaften das Recht erhalten, Renten bis zu 20 Proz. von vornherein auf eine bestimmte Zeit festzusetzen. Diese Bestimmung hat die Kommission beseitigt. Was die Hinterbliebenenrente anbetrifft, so haben nach dem jetzigen Gesetze die unehelichen Kinder nur beim Tode der Mutter, sofern diese in einem Unfallversicherungspflichtigen Betriebe verunglückt, Anspruch auf Rente. Nach den Kommissionsbeschlüssen steht in Zukunft auch den unehelichen Kindern Verunglückter männlicher Arbeiter eine Rente zu, wenn derjenige, der zu ihrer Unterhaltung verpflichtet war, tödlich verunglückt.

Für die Hinterbliebenen eines Ausländers, wie auch für diese selbst, hat man Verschlechterungen, vorgesehen. Nach dem § 614a haben nämlich die Hinterbliebenen eines Ausländers, welche zur Zeit des Unfalls nicht im Inland ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten, keinen Anspruch auf die Rente. Durch Beschluß des Bundesrats kann diese Bestimmung für bestimmte Grenzgebiete sowie für die Angehörigen solcher auswärtiger Staaten, durch deren Gesetzgebung eine entsprechende Fürsorge für die Hinterbliebenen durch Betriebsunfall getöteter Deutscher gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden. Weiter soll die Rente eines Ausländers nach § 632 ruhen, solange der berechtigte Ausländer nicht im

Inlande seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Durch Bundesratsbeschlüsse können hier ebenfalls Ausnahmen, wie bei den Hinterbliebenen, für bestimmte Grenzgebiete usw. eingeführt werden.

Die Krankentafeln sollen bekanntlich das Recht erhalten, mit Zustimmung des Kranken auch Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger, Krankenschwestern und andre Pfleger, insbesondere auch dann gewähren, wenn die Aufnahme des Kranken in ein Krankenhaus geboten, aber nicht ausführbar ist, oder wenn ein wichtiger Grund vorliegt, den Kranken in seinem Haushalt oder in seiner Familie zu belassen. In derselben Weise sollen die Berufsgenossenschaften in Zukunft auch den Verletzten die Hauspflege gewähren können. Falls die Berufsgenossenschaft eine Krüftung oder die Entziehung der Rente vornimmt, soll dies nicht mit Ablauf desjenigen Monats, in welchem der berufungsunfähige Beschädigte zugestellt wird, sondern immer erst einen Monat später erfolgen. Auf diese Weise sollen sich die Verletzten auf den teilweisen oder gänzlichen Verlust der Rente vorher einrichten können.

Wenn der in Deutschland verunglückte Ausländer sich wieder dauernd nach dem Auslande begeben will, so kann er Kapitalabfindung beantragen. Der hierauf bezügliche Paragraph erhielt nun noch folgenden Zusatz: „Die Kapitalabfindung ist unter Berücksichtigung des Zinsfußes, der Sterblichkeit und der voraussichtlichen Rentenänderung zu berechnen. Den Zinsfuß stellt der Bundesrat fest. Er kann auch im übrigen nähere Bestimmungen für die Kapitalabfindung erlassen. Geschieht dies, so sind diese für die Berechnung maßgebend.“

Bei den Bestimmungen über die Genossenschaftsbeamten, § 703, verlangten die Sozialdemokraten für die Angestellten eine Dienstordnung, vor deren Aufstellung, wie vor jeder Änderung, die Angestellten vorher zu hören seien. Die Dienstordnung sollte die Gehaltszahlung, die Dienstalterszulagen, die Voraussetzungen für die Beförderung, das Ruhegehalt usw. enthalten. Nach einer Erklärung des Zentrums, daß die Kommissionsbeschlüsse bezüglich des Beamtenrechts der Krankentafeln in der zweiten Lesung abgeändert werden müssen, schlossen sich die übrigen Parteien dem an und lehnten die Dienstordnung usw. ab.

Ein besonders wichtiges Kapitel ist das über die Unfallverhütung. Hierzu wurde nach § 854a beschlossen: „Alljährlich nimmt der Vorstand der Berufsgenossenschaft unter Hinzuziehung der Vertreter der Versicherer zu den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten Stellung und regt Maßnahmen an, die zur Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften geboten erscheinen.“ Erfreulich ist es, daß man die Vertreter der Versicherer, die schon jetzt alle fünf Jahre neugewählt und bei Festsetzung resp. Abänderung von Unfallverhütungsvorschriften heranzuziehen waren, in Zukunft alle Jahre einmal zu einer Sitzung zusammenberufen. Vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, also zur Unfallverhütung beizutragen, müssen sich die Berufsgenossenschaften immer mehr angelegen sein lassen. Nach den vorläufigen Geschäfts- und Nachsergebnissen der gewerblichen Berufsgenossenschaften pro 1909 gab die Deutsche Wuchdruckerberufsgenossenschaft in dem genannten Jahre für Unfallverhütung 21377 M. aus. Daß bei weitem noch nicht alle Betriebe kontrolliert werden können, ergibt sich daraus, daß nach den Jahresberichten der technischen Aufsichtsbeamten im Jahre 1908 von 688 556 Betrieben nur 190232 revidiert worden sind. Von 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften hatten in dem genannten Jahre 62 insgesamt 327 technische Aufsichtsbeamte angestellt. Diese Beamten haben an 33 705 Tagen Betriebsbesichtigungen und an 8273 Tagen Lohnbuchprüfungen vorgenommen. 8877 Tage verwannten sie auf die Kontrollen der Renteneinnehmer und andre Dienstgeschäfte. Insgesamt haben sie 60 855 Revisionstage nachgewiesen. Bezüglich der Anstellung von technischen Aufsichtsbeamten wurde noch ein Antrag angenommen, wonach als solche Beamte auch Personen angestellt werden können, die früher den versicherten Betrieben als Arbeiter angehört haben.

Für die Wahl der Vertreter, die bei der Unfallverhütung mitzuwirken haben, wurde seitens der Sozialdemokraten die geheime, gleiche und direkte Wahl nach dem Verhältniswahlverfahren gefordert. Dies lehnte die Kommission jedoch ab. Es bleibt also auch in Zukunft bei einem indirekten, komplizierten Wahlverfahren. Heute werden diese Vertreter von den Ausschußmitgliedern der Landesversicherungsanstalten gewählt, in Zukunft soll die Wahl von den Versicherungsvertretern der Oberversicherungsämter nach den Grundsätzen der Verhältniswahl erfolgen.

Die landwirtschaftliche Unfallversicherung wurde dann noch auf den Friedhofsbetrieb sowie die kleinen Haus- und Ziergärten bleiben aber nach wie vor von der Versicherung ausgeschlossen. Bezüglich der Unfallverhütung gelang es den Konserativen, hier eine erhebliche Verschlechterung durchzubringen. Dem § 967 wurde nämlich hinzugefügt, daß das Reichsversicherungsamt nicht berechtigt sein soll, an Stelle der Genossenschaften Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen und technische Aufsichtsbeamte anzustellen. Nach dem § 102: soll überhaupt eine Verpflichtung zur Anstellung technischer Aufsichtsbeamten nicht bestehen. Dauerlich ist es, daß solche Bestimmungen in der Kommission eine Mehrheit fanden, da gerade die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften am wenigsten für die Unfallversicherung ausgeben. Bei der Seeunfallversicherung wurde zum Schluß noch ein Antrag angenommen, wonach die Ver-

strafung eines Versicherten nicht erfolgen soll, wenn er in Ausführung eines Befehls seines Vorgesetzten den Vorschriften zuwidergehandelt hat.

Uns vorstehendem ergibt sich, daß nennenswerte Verbesserungen bezüglich Ausdehnung der Versicherung und Erhöhung der Leistungen nicht beschlossen worden sind. Unter den heutigen Verhältnissen usw. wäre aber eine Erhöhung der Leistungen notwendiger denn je gewesen. Die Kommission ist jetzt bei Beratung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Auch bei diesem Kapitel wird für die Versicherten nicht viel herauspringen. Wir kommen später darauf zurück.

Halle a. S. M. Gildenberg.

Korrespondenzen.

-sx. Berlin. (Korrespondenzverein.) In der sehr gut besuchten Monatsversammlung am 16. Oktober kamen nur Interna zur Verhandlung. Drei Kollegen wurden als Mitglieder neu aufgenommen, zwei melbten sich noch kurz vor Schluß der Versammlung zur Aufnahme. Mit dem Vorschlage des Vorstandes, im Hinblick auf das in letzter Zeit erfolgte schnelle Anwachsen des Vereins, der die Zahl 200 weit überschritten, öfters Versammlungen abzuhalten, in denen nur Vereinsangelegenheiten besprochen und also keine Vorträge beherrschenden Inhalts gehalten werden sollten, erklärte sich die Versammlung einverstanden. Ferner wurde die Zustimmung zu einem demnächst abzuhaltenden Wiederholungskursus in der deutschen Sprachlehre und Rechtschreibung gegeben; Kollege Löbner vom Rechtschreibungsausschusse hat die Leitung des Kursus übernommen. Laut Beschluß der Versammlung findet die nächste Sitzung am 16. November (Wußtag), abends 7 Uhr, statt.

Berlin. (Maschinenmeisterverein.) Vierteljahrsbericht. Der Versammlungsbesuch des vergangenen dritten Quartals wurde scheinbar von den vielen Ferienbewilligungen stark beeinträchtigt, denn die letzte Versammlung vom 11. Oktober war wieder sehr gut besucht. Ober sollte gar das Menetekel der Redaktion „Wie lange noch?“ etwas nachgeholfen haben? Erwähnenswert ist vor allem die Gestaltung des diesjährigen Fachschulurses. Zur Unterrichtsabteilung der zahlreichen lernfertigen Kollegen müssen diesmal drei Lehrer in Anspruch genommen werden. Einerseits ist der Schülerandrang ein erfreuliches Zeichen von Berufsinteresse, andererseits ist diese Erscheinung aber um so auffallender, weil sie uns zur Selbstprüfung, wie unvollkommen und einseitig die Lehrlingsausbildung auch in der Großstadt ist. Sehr interessant gestaltete sich die Besprechung der diesjährigen Johannistagsbruderschaft durch Kollegen Sabban am 6. September. Der Referent warf gleichzeitig einen Rückblick auf die Entwicklung der Wuchdruckerindustrie in den letzten Jahrzehnten. Obwohl hier und da noch manche silwidrigen Schnitz unterlaufen, so ist doch eine gewisse Einheitlichkeit in der modernen Druckmaschinenanlegung zu konstatieren. Dies sei ein Beweis, wie segensreich und bahnbrechend die Fachvereinigungen und Fachkurse wirken. — Ein vom Kollegen Scholler am 20. September gehaltenen Vortrag „Der Weg zur Macht und die Gewerkschaften“ beschäftigte sich auch mit unserem Tarifvertrag. — In der Versammlung am 11. Oktober erstattete der Vorsitzende einen kurzen Bericht über den kürzlich in Hamburg stattgefundenen Norddeutschen Maschinenmeisterkongress. Der dritte Tagesordnungspunkt brachte uns einen vom Kollegen Sabban gehaltenen Vortrag über das Mertenssche Tiefdruckverfahren. Infolge des langamen Vordrängens dieser Erfindung konnte diese Materie nur allgemein behandelt werden. Die Abrechnung vom Sommerfest ergab bebauerlicher Weise wieder einmal ein kleines Defizit von etwa 60 M. Es wäre dringend zu wünschen, daß auch unsere Feste von der Kollegenchaft besser frequentiert würden, denn für diese werden sie doch nur veranstaltet, und zwar nicht etwa bloß um unsere Kasse zu füllen, sondern vor allen Dingen zur Pflege der Kollegialität und Geselligkeit. — Da vom 1. Oktober ab nur monatliche Versammlungen, und zwar eben zweiten Dienstag im Monat stattfinden, so fällt die nächste Versammlung auf den 8. November.

C. Bromberg. (Maschinenfegervereinigung.) In der am 15. Oktober abgehaltenen Monatsversammlung wurden vornehmlich interne Angelegenheiten besprochen und erledigt. Nach Erstattung des Kassenberichts verlas der Vorsitzende einige Mitteilungen der Zentralkommission. Unter „Technisches“ wurden die letzten „Technischen Mitteilungen“ besprochen und darauf ein Artikel des neuesten „Monotypeanzeigers“ verlesen und einer eingehenden Kritik unterzogen. Schon des öfteren wurde diese marktfeiereische Klame in das rechte Licht gestellt, und wenn nun auf so wunderwürdige Weise Stundenleistungen von 9000 Buchstaben herausgerechnet werden, so muß man dies einfach als technisch unmöglich bezeichnen. Es ist selbstverständlich, daß bei dem schweren Anschlag der Lasten an der Monotype niemals diese Stundenleistung auch nur annähernd erzielt werden kann. In der Praxis kommen denn auch ganz andre Resultate heraus. Nach kurzer Besprechung der Verhältnisse im Bezirke wurde die Sitzung geschlossen.

-n. Düsseldorf. (Monatsversammlung am 15. Oktober im „Volkshaus“.) Anwesend war die übliche Besucherzahl — immer dieselben Gesichter. Öffentlich kommt auch den „passiven“ Mitgliedern noch früh genug die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Teilnahme am Vereinsleben. Bestn Aufnahmegefühle lagen

vor, wovon ein Besuch abgelehnt werden mußte. Ausgeschlossen wurden drei, zwei wegen Resten und einer wegen Verstoßes gegen § 5c unsres Statuts. Von den reichhaltigen „Vereinsmitteilungen“ seien besonders erwähnt die Vertreterwahlen zur allgemeinen Ortskrankenkasse, die Wahlen zum Gewerbegericht und zum Stadtparlamente. Für die Krankenkassenwahl wurden vier Kollegen als Kandidaten aufgestellt. Im Gewerbegericht sind wir durch zwei Kollegen vertreten, wovon eine Wahl zu erneuern ist. Der Vorsitzende machte es zur Pflicht eines jeden maßberechtigten Kollegen, sich seines Bürgerrechts bewußt zu sein. Kollege J. Herzmann hielt sodann einen Vortrag über: „Die Boden- und Wohnungsfrage mit besonderer Berücksichtigung der Reichsverwertungssteuer“. Im der Hand reichhaltigen Materials bekannter Bodenreformer verstand es Referent, uns in eineinhalbständigen Ausführungen von den Schäden und Auswüchsen der Boden speculation ein klares Bild zu geben. Für den wichtigen und aktuellen Vortrag wurde dem Vortragenden reichlicher Beifall zuteil. An den Vortrag schloß sich noch eine längere und lebhaftere Debatte, in der manches ergänzt und vieles erneuert wurde. Besonders auf die diesbezüglichen Artikel im „Korr.“ wurde verwiesen.

Egerswalde. Am 16. Oktober tagte in Pafewalk im Hotel „Edelweiß“ unsre diesjährige Herbstbezirksversammlung. Die Kollegen waren zahlreich erschienen, und zwar aus Ungermünde 3, Bernau 12, Eberswalde 25, Freienwalde 4, Pafewalk 4, Prenzlau 13, zusammen 61 Kollegen. Nach Erörterung einiger innerer Punkte wurde der Rassenbericht gegeben und dem Kassierer Entlastung erteilt. Als Vorsitzender wurde Kollege Madel wiedergewählt. Der von Bernau gestellte Antrag, die Einführung von Quittungsbüchern betreffend, wurde abgelehnt. Hierauf nahm unser Gauvorfesher Hannack das Wort zu seinem Vortrage: „Wirtschaftskrisen, deren Bedeutung und Bekämpfung“. Reichlicher Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen. Außer einigen Ferienbewilligungen war aus den einzelnen Druckorten nichts Neues zu berichten. Die nächste Bezirksversammlung findet in Eberswalde statt. Erwähnt sei noch, daß an die Kollegen in Britzwall ein Sympathiegramm gesandt wurde des Inhalts: „Auszuhalten und nicht zu wanken im Kampf um den Tarif.“ — Nach der Mittagstafel unternahm die Kollegen unter Führung der Pafewalker Mitgliederschaft einen Rundgang durch die Stadt, beginnend mit dem schönsten Wetter.

pl. Erfurt. Maschinensehervereinigung Gau Osterland-Thüringen. Die am 16. Oktober im „Zivoll“ in Erfurt abgehaltene dritte Jahresversammlung war gut besucht. Der Vorsitzende erstattete zunächst die teils intern, teils allgemein gehaltenen Mitteilungen der Zentralkommission und kam dann u. a. auch auf die Klammernänder einzelner Sehermaschinenfabriken zu sprechen, die leider in ihrem unlauteeren Beginnen auch von „Kollegen“ durch außergewöhnlich hohe Leistungen unterstützt würden. Eine gegen dieses Unwesen scharfen Protest einbringende Resolution fand einstimmige Annahme. Eine längere Debatte entwickelte sich über eine aus Vertretern der verschiedenen Systeme zu bildende technische Kommission, in die neun Vertreter gewählt wurden. Der Rassenbericht schloß mit einer Einnahme von 168,19 M. (einschl. der Reste von zusammen 50 M.), einer Ausgabe von 90,77 M. und einem Bestande von 137,42 M. Um dem epidemisch werdenden Restantenunwesen einen Riegel vorzuschieben, wurde der Beschluß gefaßt, daß in Zukunft solchen Vereinen oder Mitgliedern, deren Beiträge nicht mindestens 14 Tage vor der betreffenden Versammlung beim Kassierer eingegangen sind, keine Fahrtenzuschüsse gewährt werden soll. Der Vorstand wurde beauftragt, einen Entwurf auf Abänderung des Statuts bis zur nächsten Generalversammlung auszuarbeiten, in dem hauptsächlich die jetzigen Rassenverhältnisse auf eine gesündere Basis gestellt werden sollen. Die Mitgliederzahl ist auf 90 gestiegen.

Ehlingen. Die am 17. Oktober abgehaltene Monatsversammlung war gut besucht, waren doch von 68 an hiesigen Orte beschäftigten Kollegen 58 anwesend. Zu dem guten Besuche mag wohl die Anwesenheit des Gauvorfesher Knie (Stuttgart) beigetragen haben. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen begrüßt hatte und die Bewegungstatistik des verfloffenen Monats bekanntgegeben war, erteilte er dem Kollegen Knie das Wort zu seinem Vortrage: „Die derzeitige Lage im Buchdruckgewerbe“. In längeren Ausführungen entlegte sich Redner seiner Aufgabe, den Kollegen ein Bild von der derzeitigen Lage im Buchdruckgewerbe zu geben. Mit gespannter Aufmerksamkeit lauschten die Anwesenden seinen Worten. Der große Beifall am Schluß seines Referats bewies, daß die Kollegen mit den Darlegungen zufrieden waren. Auch zur Diskussion ergrieff niemand das Wort. Der Vorsitzende sagte dem Referenten noch besonderen Dank. Die übrigen Punkte der Tagesordnung waren lokaler Natur und bald erledigt. Möge der gute Versammlungsbesuch auch in Zukunft anhalten.

Hamburg. (Korrektorenverein.) Die gut besuchte Versammlung am 16. Oktober hörte nach Aufnahme zweier Mitglieder einen höchst eindrucksvollen Vortrag des Kollegen Bröpfer über das Thema: „Auf dem Wege zur einheitlichen Rechtschreibung“. Redner ging von Ursprünge der Schriftsprache aus, erwähnte den unwalzenden Einfluß der Erfindung des Buchdrucks und beleuchtete dann die Verdienste Luthers um die Vereinheitlichung des Schriftbuchs; er schuf eine Sprache, „damit mich Ober- und Niederdeutsche verstehen mögen“. Luther habe nicht eine durchaus neue Sprache gebildet, sondern die der sächsischen Kängle übernommen, die sich

aber nicht mit dem heutigen Neuhochdeutschen decke, sondern viele Anklänge an das Mittelhochdeutsche habe. Eine einwandfreie Sprache dergestalt, daß jeder Laut sein Zeichen und umgekehrt habe, fehle auch heute noch. Redner streifte die Bestrebungen der Anhänger des geschichtlichen Standpunkts und der des phonetischen, hob die Bemühungen der Regierungen um eine einheitliche Schreibweise hervor und besprach dann die Puttkamerische Orthographie, die in Bismarck einen heftigen Gegner gehabt habe. Nach Erwähnung der verschiedenen Vorläufer unterzog der Vortragende den Buchdrucker-Duben einer eingehenden Besprechung, der noch nicht den Abschluß der Vereinheitlichungsbestrebungen darstelle, da er der verschiedenartigen Auslegung zu großem Spielraum lasse. Was wir brauchen, sei ein Werk aus der Praxis für die Praxis, weniger auf Grund des geschichtlichen Standpunkts. Im Hand eines reichen Materials zeigte Redner einen Weg durch Schaffung von Normen unter Zugrundelegung des „Duben“, die überall zur Geltung zu bringen seien, bis sie der Sprachgebrauch aufgenommen habe. Wohl seien die Schwierigkeiten groß, doch seien sie zu überwinden. Nach reichem Beifall und Dank an den Vortragenden setzte eine äußerst interessante Diskussion ein, die in nächster Versammlung fortgesetzt werden soll. Um eine Fühlungnahme mit den Meistinteressierten zu gewinnen, wird der Vortrag wahrscheinlich im Maschinensehervereine wiederholt werden. — In die Versammlung schloß sich ein gemüthliches Beisammensein mit den Familienangehörigen bei Musik und Tanz.

Hamburg-Altona. Norddeutscher Maschinenseherverein. In der Quartalsversammlung am 16. Oktober wurde nach Bekanntgabe einer Reihe von Aufnahmen und der Eingänge seitens des Vorsitzenden über den II. Norddeutschen Maschinenmeistertag berichtet, worauf Kassierer Gantner die Abrechnung für das dritte Quartal erstattete. Einstimmig bewilligte die Versammlung zur Unterstützung eines an einem Augenleiden schwer erkrankten Kollegen einen Betrag von 50 M. Hierauf wurden teils schriftlich, teils mündlich durch die zahlreich anwesenden Delegierten, Situationsberichte aus den einzelnen Orten unsres Vereinsgebiets erstattet, die ein nicht ungünstiges Bild von dem derzeitigen Stande der tariflichen, organisatorischen und sanitären Verhältnisse gaben und lebhaftestes Interesse erweckten. Nur kurz gestreift werden konnte wegen der vorgerückten Stunde das Technische. Nachdem beschlossen war, das Stiftungsfest im Januar in einfacher Weise durch ein Kränzchen zu feiern, wurde die von über 100 Kollegen besuchte Versammlung mit einem Appell des Vorsitzenden an die Kollegen, stets in so ständiger Anzahl zu erscheinen, geschlossen.

Gildesheim. Die diesjährige Herbstbezirksversammlung fand am 17. Oktober in Goslar im „Zivoll“ statt. Nach Eröffnung der Versammlung brachte die „Typographia“ (Gildesheim) das Lied „Mein Hoch dem Verband“ zu Gehör. Hierauf hieß Kollege Ludwig (Goslar) die Erschienenen willkommen. Weiter wurde noch vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des verstorbenen Kollegen Heider sowie der Invaliden Hagemann und Willending in üblicher Weise geehrt. Die Abrechnung, die für drei Quartale vorlag, wies am Schluß des III. Quartals einen Rassenbestand von 1055,34 M. auf. Vom Gauvorstande war Kollege Fritsche (Hannover) erschienen, der einen Vortrag „Rückblick und Ausblicke“ hielt. In den eineinhalbständigen Ausführungen gab Redner ein Bild von der Wegung unsrer Organisation und der Tarifgemeinschaft, um sodann auf das uns Nächstliegende einzugehen. Er schloß mit dem Wunsch, daß es uns gelingen möge, den Frieden auch in der Zukunft zu erhalten, richtete aber die Mahnung an die Kollegen, tatkräftig mitzuarbeiten an dem inneren Ausbau der Organisation, damit wir allen Eventualitäten ruhig ins Auge sehen könnten. Daß die Ausführungen die rechte Würdigung fanden, bewies der starke Beifall, der dem Referenten zuteil wurde. Ein Antrag des Ortsvereins Gildesheim, die Frühjahrbezirksversammlung stets am Vorort abzuhalten, während die Herbstversammlung möglichst wechseln sollen, wurde angenommen. Der Antrag Goslar auf Einführung des vollen „Korr.“ Obligatoriums, anstatt des bisherigen Modus, wonach zwei Mitglieder ein Exemplar erhalten, gab zu einer längeren Debatte Anlaß. Der Vorstand vertrat die Ansicht, daß es wohl richtiger sei, wenn sich die nächste Generalversammlung mit der Einführung des Obligatoriums beschäftigte, damit hierüber eine Einmütigkeit erzielt würde. Mit einer Stimme Mehrheit wurde der Antrag abgelehnt. Doch soll bei der nächsten Versammlung die Abstimmung hierüber durch Stimmzettel wiederholt werden. Abgelehnt wurde ferner der Antrag Goslar, der die Vorstandswahlen in der Frühjahrbezirksversammlung vorgenommen wissen wollte. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit der sämtlichen Druckorte des Bezirks. Erschienen waren aus Alfeld 6, Bodenem 2, Burgdorf 7, Einde 20, Eise 1, Goslar 21, Gildesheim 52, Klausthal 1, Zehe 1, Peine 8 Mitglieder. Als Fahrtenzuschüsse wurden die Fahrt vierter Klasse vergütet. Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige Punkte erledigt.

Mainz. (Maschinenmeisterklub.) Die Vereinsaktivität in den letzten drei Monaten kann als eine befriedigende bezeichnet werden. Der Besuch der Versammlung läßt jedoch immer noch zu wünschen übrig. Hoffen wir, daß in den bevorstehenden Wintermonaten eine Besserung eintritt. In der Versammlung vom 22. August gelangte nach Erledigung mehrerer Eingänge das Rundschreiben Nr. 27 der Zentralkommission zur Verlesung, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte. Die Klage eines Kollegen vor dem hiesigen Tariffchiedsgerichte, die das Tarifamt als Berufungsinstantz zugunsten

der Gehilfen entschied, wurde einer Besprechung unterzogen. — Am 28. August fand eine Besichtigung der Flachdruckrotationsmaschine „Heureka“ in der Druckerei des „Rheinheffischen Beobachters“ (Alfred Mögling) statt. Für das bewiesene Entgegenkommen sei der Firma auch an dieser Stelle gedankt. — Die Versammlung vom 19. September war mit zwei Vorträgen ausgestattet. Kollege Albs referierte über: „Die Unfallverhütung und ihre Vorschriften“. Das benötigte Material wurde uns in anerkannter Weise von der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft zur Verfügung gestellt. Zum Punkte „Technisches“ sprach Kollege Wehling über das Thema: „Der Mattkunstdruck“, das eine rege Ausprache zeitigte. Die Abhaltung einer Konferenz der mittelhessischen Maschinenmeister, die zu den nächstjährigen Tagungen Stellung nehmen soll, wurde für den kommenden Winter in Anregung gebracht. Der Vorstand wurde beauftragt, diese Anregung dem Obmann der mittelhessischen Maschinenmeister zu übermitteln. — Die Versammlung am 17. Oktober brachte einen Vortrag über „Prägebrud“ vom Kollegen Schröder. Ferner wurde eine aus vier Kollegen bestehende technische Kommission gewählt, die den fachlichen Teil der Versammlungen auszufüllen soll. Einige Angelegenheiten lokaler Natur bildeten den Schluß.

G. Mannheim. Am 16. Oktober fand unsere letzte Mitgliederversammlung statt. Sie war sehr gut besucht, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß mit ihr die Ergrung von vier Verbandsjubilaren verbunden war. Der Vorsitzende Laufer hieß die Erschienenen herzlich willkommen. Zur Aufnahme standen zwei Kollegen, welche unter Vorbehalt aufgenommen wurden. Die geschäftlichen Mitteilungen betrafen nur interne Sachen. Den Rassenbericht vom dritten Quartal erstattete der Kassierer Huber, dem Decharge erteilt wurde. Wie bereits in einer früheren Korrespondenz mitgeteilt, wurde hier durch den Bezirk mit Anfang des zweiten Quartals eine Zuschußklasse zur Krankenunterstützung ins Leben gerufen. Der Beitrag beträgt pro Woche 10 Pf. bei einer Leistung von täglich 50 Pf. Mit Anfang des dritten Quartals wurde erstmals mit der Auszahlung der Unterstützungen begonnen (d. h. nach Leistung von mindestens 13 erhöhten Beiträgen). Der Bezirksvorstand glaubte seiner Berechnung nach mit einem Beitrage von 10 Pf. wünschentlich auszukommen insoweit, daß die Bezirkskasse jährlich ein Defizit von höchstens 200 M. zu decken habe. Wir wurden jedoch den außerordentlich hohen Krankenstand in diesem Quartal eines andren belehrt. Die Einnahmen zur Zuschußklasse betragen 539,20 M., die Ausgaben 752 M., so daß die Bezirkskasse schon in diesem Quartal ein Defizit von 212,80 M. zu decken hat. Daß im vierten Quartal in dieser Hinsicht eine Besserung eintritt, wurde, ist gar keine Aussicht vorhanden. Es zeigte sich hierbei, daß der Gau bei Einführung eines Krankengeldzuschusses nur auskommen kann, wenn ein wünschlicher Beitrag von 15 Pf. erhoben wird. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattete Kollege Niemann. Nun folgte die Ergrung von vier Kollegen, die ununterbrochen 25 Jahre dem Verband angehören; es sind dies die Kollegen Gottfr. Besthold, Walter Herzog, Friedr. Häßl und Karl Schuchmacher. Der Vorsitzende Laufer gedachte in längerer Ansprache der Jubilare und ermahnte speziell die jüngeren Kollegen, es den alten nachzumachen; „den Alten zur Ehr“, den Jungen zur Lehr!“ Sein Hoch galt den Jubilaren und dem Verbands der Deutschen Buchdrucker. Den Jubilaren wurde je ein künstlerisch ausgeführtes Diplom (im Rahmen) überreicht, wofür Kollege Herzog namens der Jubilare dankte. Kollege Fuß überbrachte die Glückwünsche des Gauvorstandes, Kollege Endemann diejenigen des Bezirksvereins Ludwigshafen. Glückwunschtelegramme und -schreiben liefen noch ein von Schneider (Heidelberg), Kollegenchaft Weinhelm, Moos (Stry), Möding (Kassel), Priester (Bayreuth), Macsal (Berlin) und vom Hilfspersonal der Dr. Haaschen Buchdruckerei hier. Nun begann die Fidelitas. Der Gesangverein „Typographia“ und ein Musikquartett wetteiferten miteinander, und nur allzu schnell verfloßen die schönen Stunden. Man trennte sich in dem Bewußtsein, unter Kollegen wieder einige anregende, heitere Stunden verlebt zu haben.

Meiße. In der am 8. Oktober abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins, die einen guten Besuch aufwies, gab der Vorsitzende Müller einen Rückblick auf das verfloffene Vereinsjahr, das im allgemeinen als befriedigend zu bezeichnen ist. Der Versammlungsbesuch war in allen Versammlungen im Durchschnitt als gut zu bezeichnen, eine Ausnahme machten nur zwei Kollegen, die sich das ganze Jahr überhaupt in keiner Versammlung sehen ließen. Der vom Kassierer Wende gegebene Rassenbericht, der eine Einnahme von 248,55 M. und eine Ausgabe von 229,52 M. aufwies, wurde von der Versammlung als richtig befunden und ihm Entlastung erteilt. In der darauffolgenden Neuwahl des Vorstandes wurde der gesamte Vorstand, einschließlich der Rassenreferenten, einstimmig wiedergewählt. Als Vereinslokal und -Herberge wurde J. Schöns Gasthof bestimmt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten ermahnte der Vorsitzende die Kollegen zum festen Zusammenhalten.

Rundschau.

Eingestürzt ist in Mecheln (Belgien) eine Druckerei, wobei die Bewohner des Hauses unter den Trümmern begraben wurden. Zwei Tote und drei Schwerverletzte sind die Opfer der Katastrophe.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 25. Oktober 1910.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 124.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Steuerermäßigung bei Arbeitslosigkeit in Preußen. Nach neueren Preisberichten hat die preussische Finanzverwaltung den Grundsatz aufgestellt, daß die Steuer zu ermäßigen sei, wenn sich das Arbeitseinkommen durch längere Arbeitslosigkeit vermindert habe. Als Norm hierfür wird eine zehnwöchige, ununterbrochene Arbeitslosigkeit angenommen, durch die sich das Arbeitseinkommen um ein Fünftel des Jahresbetrags verringert.

Eine „Zentralorganisation“ der deutschen Gelben wurde am 16. Oktober in Magdeburg unter lebhaften Protesten eines großen Teils dieser Schlingler der Himmelsinstrumente aus der Zwangstaupe gehoben, wie ja alles bei dieser Sorte von Menschen nur auf höheren Befehl und nicht aus innerer Überzeugung zustande kommt, weil Verstand, Ehrgefühl und freier Wille in diesen Kreisen unbekannt sind. Es war eine „Verständigungskonferenz“, die von den „nationalen“ Arbeitervereinen Magdeburgs einberufen wurde und von etwa 200 Delegierten aller gelben Organisationen, die sich bekanntlich bald „waterländisch“, bald „national“ oder „reichstreu“, bald Wertvereine oder noch anders nennen, besucht war. Der Magdeburger Polizeipräsident, der Oberpräsident der Provinz Sachsen sowie verschiedene andre hohe Häupter fühlten sich im Kreise dieser „Arbeitervertreter“ heimisch und hielten angenehme Reden nach oben und sehr saftige nach unten. Über die deutsche Arbeiterbewegung und ihre Ziele redete ein Schloffer namens Max Warncke. Er sah als dunkelsten Fleck auf dem Wappenschilde des herrlichen Deutschen Reichs die freie Gewerkschaftsbewegung. Diese Gewerkschaften seien die Urheber der Einschränkung des Koalitionsrechts und der Hemmung der Industrie. Wegen sie müsse eine Schutzmauer aufgerichtet werden durch den Zusammenschluß aller „nationalen“ Arbeitervereine, ob christlich, sozial, ob evangelisch oder sonstwas. Dazu empfahl er die Bildung von Ausschüssen unter der Leitung eines Hauptauschusses. Die Aufgaben dieser Ausschüsse fand er u. a. in der Aufnahme von Statistiken über die gesamte nationale Arbeiterbewegung, Stellungnahme zu allen Arbeitergesetzen, Streiks, Ausperrungen und allen Arbeiterwahlen, Vertretung der Arbeiterinteressen in den Gemeinden, den Landtagen und dem Reichstag, Unterstützung bürgerlicher Parteien, soweit sie sich mit den Zielen der Ausschüsse einverstanden erklären, andernfalls Aufstellung besonderer Kandidaten. Danach verlas ein anderer Delegierter eine lange Rede, worin er die christlichen Gewerkschaften ebenso anrüchlich bezeichnete wie die freien. Dann platzte eine Bombe insofern, weil bekannt wurde, daß am Tage vorher hinter dem Rücken der Konferenz ein Bund deutscher Wertvereine gegründet worden sei. Gegen dieses Tadelwort wandte sich die Berliner Richtung unter Führung des Bekannten, von den Unternehmern ausgehaltenen, „Arbeiterführers“ Ermert. In sehr lebhaften Debatten wegen dieser Überumpelung traten dann sehr interessante prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zutage. Ermert präziserte seinen Standpunkt dahingehend, daß durch Verfolgung und Erreichung der politischen Ziele die wirtschaftlichen von selbst reif werden. Die Wertvereiner stellten demgegenüber die Betonung der wirtschaftlichen Forderungen in den Vordergrund. Da jedoch keine Einigung zu erzielen war, so wurde eine besondere Kommission eingesetzt, die aber kein besseres Resultat erreichte. Dabei stellte sich heraus, daß die Einigung lediglich an der Nachfrage in der Kommission gescheitert war, und zwar insofern, als Ermert für seine Richtung, die „waterländischen“, die Forderung verlangte. Als es dann später im Plenum zur Abstimmung kam, wurden die „waterländischen“ von den Wertvereineren verewaltigt, worauf sie zum großen Teil den Saal verließen. Eine Gegenprobe wurde von Vorstehenden dadurch abgeschwächt, daß er sie mit den Worten einleitete: „Wer es fertig bringt, dagegen zu stimmen, der mag sich erheben!“ Da stoh der Mannesmut auch des letzten Gegners zu den Hundsn, kein einziger erhob sich. Über das Koalitionsrecht und den Schutz der Arbeitswilligen referierte der Vorstehende des gelben Wertvereinerbundes, Wischnowski. Sein Referat war eine Aufzählung der ungläublichsten Behauptungen über sozialdemokratischen Terrorismus“, gegen den endlich heftlicher Schutz eingeführt werden müsse. „Nicht bitten, sondern erziehen“ mißte man die Regierung um diesen Schutz.“ Die Konferenz getzte sich noch nutzlos. Sie protestierte in einer Resolution „gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts und gegen das Boykottwesen“ und verlangte geeignete gesetzgeberische Maßnahmen um Schutze der Arbeitswilligen, insbesondere auch in Verbot des Streikpostenfesens“, das in erster Linie Unlaß zum Koalitionszwang“ gebe. „Nationale Arbeiter“, die die Einführung eines Zuchtstrafgesetzes verlangen! In der Diskussion wurde übrigens auch noch darüber gesagt, daß sich manche Arbeitgeber wie auch die Presse den Gelben gegenüber nicht entgegenkommend genug zeigen. Ein Herr Klupp (Wülflingen) referierte über staats-

liche und private soziale Fürsorge. Er konnte des Bodes nicht genug finden über die Uneigennützigkeit der Unternehmer, die freiwillig ungezählte Millionen für die Wohlfahrt ihrer Arbeiter opfern! Besonderer Dank gebührt nach ihm dem — seligen Fehren. v. Stumm! Er machte einige dummdreiste Sprüche über die „sozialdemokratische Herrschaft“ in den Krankentassen und trat schließlich dafür ein, dem Staate nicht noch mehr sozialpolitische Lasten aufzubürden, weil darunter die Industrie und damit die Arbeiter leiden müßten! Zum Schluß wurde noch eine lächerliche Komödie aufgeführt, indem auf Vorschlag des Barons von Meibitz eine Resolution angenommen wurde, die ausspricht, daß die nationale Arbeiterbewegung steht und fällt mit der Größe und der Macht des Deutschen Reichs. O du heilige Einsalt!

Ein Vertrauensmann der „christlichen“ als Streikbrecher. Bei einem Streik der Metallarbeiter in der Mauerschen Maschinenfabrik in Köhn-Grenfeld arbeitete der Vertrauensmann und Kaffierer weiter. Dadurch kam er mit den Streikposten in Konflikt, wobei es zu Vorfällen kam, die ein gerichtliches Nachspiel hatten. Der Streikbrecher fungierte als Zeuge und trug somit dazu bei, daß die Streikposten zu je ein Tag Gefängnis verurteilt wurden.

Ein Schandmal berufsgenossenschaftlicher Angewöhnungstheorie. Die Sächsisch-thüringische Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft beantragte beim Dresdner Schiedsgericht für Arbeiterversicherung die Herabsetzung der Hilfslohnrente für einen vollständig erblindeten Arbeiter auf die Vollrente, d. h. von 80 auf 66 $\frac{2}{3}$ Proz. des Arbeitsverdienstes, weil annehmbar Gewöhnung an die Erblindung eingetreten sei. Diese Behauptung stellte die Berufsgenossenschaft auf, trotzdem der Gemeindevorstand vom Aufenthaltsorte des Unglücklichen ein Gutachten abgab, monach der Blinde den größten Teil des Tags trübsinnig und zu jeglicher Arbeit unfähig in seiner Wohnung zubringe und dann wieder stundenlang vor seinem Häuschen stehe, verzweifelt das Sonnenlicht suchend. Die Berufsgenossenschaft leitete ihren Standpunkt davon ab, daß der Unfall jetzt schon vier Jahre zurückliege und das Reichsversicherungsamt selbst früher schon den späteren Eintritt einer gewissen Arbeitsfähigkeit für möglich gehalten habe. Das Schiedsgericht lehnte jedoch den Antrag der Berufsgenossenschaft ab und verurteilte sie zur Weitergewährung der Hilfslohnrente, da die Nachweisung der „Gewöhnung“ an die Erblindung nicht erbracht sei. Das Gegenteil sei bewiesen und darum lehnte sie es auch ab, daß noch eine besondere Auskunft von einer Windenanstalt eingeholt werde. Nun will die Berufsgenossenschaft die Sache noch vorz Reichsgericht bringen! Zur gebührenden Kennzeichnung einer solchen Gefinnung und Drgie der „Angewöhnungstheorie“ fehlen uns tatsächlich die Worte.

Eine gerichtlich beställigte Ausbeutung der Arbeitslosen ist aus Frankfurt a. M. zu berichten. Dort stellte das Elbotteninstitut, „Rote Radler“ einen Voten ein zu einem Wochenlohn von 10 Mk. bei zwölfstündiger Arbeitszeit. Nach fünf Tagen wurde er entlassen, und nachdem für Benutzung des Fahrdrats 1 Mk., ebensoviel für Samakenabnutzung und für Wäsche 50 Pf. abgezogen waren, ihm für fünf Arbeitstage 4,25 Mk. als Lohn ausbezahlt. Selbstverständlich war aber der Arbeiter damit nicht zufrieden. Er erhob Klage beim Gewerbegericht und beanspruchte unter Hinweis darauf, daß eine derartige Entlohnung ein Verstoß gegen die guten Sitten sei, den ortsüblichen Tagelohn. Das Gericht gab dem Arbeiter recht und bezeugnete diesen Arbeitsvertrag als eine Ausbeutung Stellenloser. Unter solchen Umständen verstoße der Vertrag gegen Anstand und Sitten und wäre somit nach § 38 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ungültig. Der ortsübliche Tagelohn wurde dem Kläger zugesprochen, da nicht bestritten werden konnte, daß er auch in den ersten Tagen schon das Gleiche leistete wie jeder andre Vote.

Eine bedeutende Zunahme der weiblichen Arbeitskraft in der Industrie ergibt sich aus den Angaben über die Mitgliederzahlen in den dem Reichsarbeitsblatt“ Bericht erstattenden Krankentassen. Während in den letzten zwei Jahren die Zunahme der männlichen Mitglieder 7,5 Proz. betrug, bezifferte sie sich in der gleichen Periode auf 13,3 Proz. Über den letztgenannten Durchschnittsprozentsatz hinaus stieg die Zunahme der weiblichen Arbeiter in der Industriezweiggruppe der Hütten-, Maschinen- und Metallarbeiter; sie macht hier 35,5 Proz. aus, in der elektrischen Industrie sogar 66,5 Proz. Daraus ergibt sich die wachsende Bedeutung der weiblichen Arbeitskraft für die gewerkschaftliche Taktik.

Die junckerlichen Alkoholtrinker kommen infolge des Branntweinboykotts immer schlechter weg, denn der Abfag an Trinkbranntwein hat nach dem „Reichsanzeiger“ im laufenden Geschäftsjahr um etwa ein Drittel abgenommen. Er ist von 2 602 121 Hektoliter auf 1 800 422 zurückgegangen. Dadurch kommen die Zufuhrfabrikanten

entweder ganz um die bekannte Viebesgabe von 50 Millionen Mark oder die Regierung muß das als Maßstab dafür dienende Kontingent herabsetzen, wenn sie den Junktren überhaupt noch etwas zutommen lassen will.

Der Bundesrat soll sich am 13. Oktober auch mit der Fleischsteuerung beschäftigen haben. Er befaßt sich mit an ihn adressierten Resolutionen gegen diese moderne Volksausplünderung durch die Junkerkaste, kam aber zu keinem andren Resultat als zur Überweisung an den Reichstanzler, der sie jedenfalls mit bekannter philosophischer Ruhe zu den Alten nehmen wird, um sie dort ein hohes Alter erreichen zu lassen, zum Beweise dafür, daß bei ihm alles gut aufgehoben ist.

Literarisches.

„Die Arbeiterfrage“ von Friedrich Albert Lange mit Einleitung und Nachwort von Fr. Wehring. Obwohl das Buch schon vor 45 Jahren geschrieben wurde, so ist es auch für die heutige Zeit noch ein äußerst empfehlenswerter Kommentar zur Arbeiterfrage. Denn heute noch sind für die Lösung dieses Problems die gleichen Voraussetzungen, von denen der Verfasser des Buchs ausgegangen ist, maßgebend. Ebenso gilt dies von den Wegen, die darin in Vorschlag gebracht werden. Ausgehend von dem Kampf ums Dasein in der Natur nach Darwins Lehre, der Entwicklung der Menschheit im Besonderen, der Entwicklung der Gesellschaftsklassen und Kultur im allgemeinen, wird eine fesselnde Darstellung der Malthusianischen Lehre gegeben, wie sie uns klarer noch nicht zu Gesicht gekommen ist. Der Einfluß der Nahrungsmenge auf die Volkszahl und die Gründe, warum die Industriearbeiter den Kampf ums Dasein schwerer empfinden als andre Bevölkerungsklassen werden überzeugend nachgewiesen. Überhaupt ist die ganze Art, wie es der Verfasser in diesem Buche verstanden hat, die Arbeiterfrage anzupacken und zu zergliedern, eine so lehrreiche und überzeugende, daß man sich nur darüber wundern muß, daß Langes „Arbeiterfrage“ gerade in Arbeiterkreisen so wenig bekannt ist. Denn ob der Verfasser nachzuweisen sucht, daß die Verdrüderung der Arbeitskräfte zu gemeinsamen Unternehmungen die beste Waffe gegen den Kapitalismus sei, oder ob er erörtert, wie der jeweilige Stand der Lebenshaltung die Koalition der Arbeiter beeinflusst, sie zum äußersten Widerstande gegen Verschlechterungen entflammt und das Gefühl der Menschwürde steigert, überall greift er ins Volle. Das gilt insbesondere von seinem „Wege zur Rettung“, auf dem er unerschütterliche Maximen aufstellt, die auch heute noch von der Arbeiterschaft als die besten Stützpunkte zu ihrem Aufstiege betrachtet werden, aber leider noch lange nicht als sicherer Besitzstand gebucht werden können. Wir wünschen dem Buche, das zum Preise von 1,50 Mk. von der Buchhandlung Bornwärts in Berlin SW 68 zu beziehen ist, allgemeine Verbreitung.

Briefkasten.

J. M. in Solingen: Bezüglich der einzuziehenden Erkundigungen beim Konditionswechsel muß es bei der Bekanntmachung des Hauptortstandes sein Bewerber haben. Deshalb erübrigt sich der Bericht wohl. — J. K. in Königsblütte: Lassen wir doch den Ertrinkenden den Strohhalm!

Der an den „Korr.“ etwas zu berichten oder beim „Korr.“ etwas anzufragen hat, muß unter allen Umständen folgendes beachten:

1. Manuskriptpapier nicht auf beiden Seiten beschreiben;
2. keine Blei- und auch keine Zintenschrift verwenden;
3. nicht zu eng schreiben, damit redaktionelle Änderungen oder stilistische Verbesserungen vorgenommen werden können;
4. durch Korrekturen, Änderungen oder Zusammenstreichungen nicht das Manuskript völlig unlesbar machen;
5. Namen und Ziffern recht deutlich schreiben;
6. Rechte von Briefgebern gegenzeichnen lassen und Wetzen einen Nachweis über die Mitgliedschaft zum Verbands beifügen!
7. Die Sperrung von Druckreihen infolge entfallender Differenzen erfolgt nur durch besondere Bekanntmachung des Verbandsvorstands. Mitteilungen über den Ausbruch von Konflikten sind daher nicht an die Redaktion, sondern nur an unsere Adresse zu richten. Im „Korr.“ kann erst nach vorausgehender Bekanntgabe durch den Verbandsvorstand eine nähere Schilderung der Differenzen erfolgen.
8. Anfragen an den „Korr.“ dürfen nicht Auflegungen des Verbandsleitens oder des Zentrals zum Gegenstande haben, auch dürfen sie sich nicht auf Dinge beziehen, die völlig außerhalb des Gewerbes und Berufs liegen, denn der „Korr.“ ist kein allgemeines Kulturblatt.
9. Schriftliche Antworten werden überhaupt nicht erteilt, auch nicht, wenn Feindrath der Anfrage begehrt sind.
9. Redaktions- und Anzeigenschluß: für die Dienstagnummer am Sonnabend früh, die Donnerstagnummer am Dienstag früh und die Sonnabendnummer am Donnerstag früh.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 23, Mariendorfer Straße 13 L. Fernspruchamt VI, 1119 L.

Bekanntmachung.

Wegen Tariffdifferenzen stehen die Gehilfen der Firma Karl Girschfelder in Schönebeck a. E. in Kündigung. Konditionsangebote sind abzulehnen.

Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Rheinland-Westfalen. Die Herren Kassierer machen wir darauf aufmerksam, daß das vierte Quartal in diesem Jahre mit 14 Wochen (25. Oktober bis 31. Dezember) abschließt.

Abreiffeneränderungen.

Saarbrücken. (Bezirksmaschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Hermann Schradler, Gerberstraße 44; Kassierer: G. Dombach, Bahnhofstraße 3.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Urmum der Seher Wilhelm Stillfried, geb. in Mefferdorf (Schlesien) 1885, ausgel. in Friedeberg 1905; war noch nicht Mitglied. — F. Rabes in Osnabrück, Rosenplatz 9.

In Urmum der Seher Gustav Klemm, geb. in Flachsen (Schlesien) 1886, ausgel. in Hirschberg (Schlesien) 1904; war schon Mitglied. — Ludwig Kromminger in Leer, Königstraße 38.

In Dresden die Seher 1. Kurt Scheky, geb. in Dresden-Pieschen 1888, ausgel. in Dresden 1906; war schon Mitglied; 2. Richard Krause, geb. in Oberan 1888, ausgel. da. 1905; 3. der Drucker Erich Wetter, geb. in Köpzig b. Dresden 1891, ausgel. in Dresden 1910; waren noch nicht Mitglieder. — In Herrnhut der Drucker Robert Witt, geb. in Pfingst (Kr. Pyritz) 1892, ausgel. in Pyritz 1910; war noch nicht Mitglied. — In Ramenz der Seher Hermann Keffe, geb. in Elstra in Sachsen 1888, ausgel. in Ramenz 1904; war noch nicht Mitglied. — In Pirna a. E. der Seher Otto Bürger, geb. in Horn b. Pulsnitz 1884, ausgel. in Pulsnitz 1903; war schon Mitglied. — In Jittau der Drucker Karl Brenner, geb. in Hirschfelde i. S. 1862, ausgel. in Jittau 1880; war schon Mitglied. — F. Steinbrück in Dresden, Mathildenstraße 7 I.

In Urmum der Seher 1. Kurt Gerzdorf, geb. in Mehsdorf b. Finsterwalde 1892, ausgel. in Finsterwalde 1910; 2. Otto Rankelfig, geb. in Keiten bei Berlin 1892, ausgel. da. 1910; waren noch nicht Mitglieder. — Paul Hielker, Brautwiesenstraße 18 III.

In Roesfeld der Drucker Wilhelm Gerbert, geb. in Heidelberg 1886, ausgel. da. 1905; war schon Mitglied. — In Greven der Schweizerbege Wilhelm Weffels, geb. in Uppelhülsen 1886, ausgel. in Greven 1906; war noch nicht Mitglied. — G. Weddeler in Münster i. W., Dortmundener Straße 33.

In Konstanz der Drucker Adolf Alt, geb. in Frauenfeld (Schweiz) 1880, ausgel. da. 1900; war schon Mitglied. — Ehr. Wolf, Ridentalstraße 19.

In Bienthal (Prov. Hannover) der Seher Martin Schunck, geb. in Oberkirchen (Grafschaft Schaumburg) 1887, ausgel. da. 1905; war schon Mitglied. — Theodor Weisbrod in Verden (Aller), Stienchenstraße 5.

In Mainz der Stereotypur Otto Hildschütz, geb. in Neurrupin 1888, ausgel. in Mainz 1907; war noch nicht Mitglied. — Friedrich Conradi, Maurigenplatz 6 II.

In Quedlinburg der Schweizerbege Max Berger, geb. in Tiefenthal b. Berlin 1887, ausgel. da. 1905; war schon Mitglied. — Paul Max, Am Kanonenberge 2.

In Salzburg der Seher Karl Engel, geb. in

Neunorf 1889, ausgel. in Santededen (Rheinpfalz) 1906; 2. Matthias Schmitz, geb. in Duffeldorf 1888, ausgel. da. 1907; 3. der Drucker Paul Zinner, geb. in Neuf 1887, ausgel. in Duffeldorf 1905. — G. Born, Hunsrückstraße 29 II.

In Elberfeld 1. der Schweizerbege August Grastamp, geb. in Schwelm 1881, ausgel. da. 1899; die Drucker 2. Rudolf Heiß, geb. in Elberfeld 1892, ausgel. da. 1910; waren noch nicht Mitglieder; 3. Theodor Böhme, geb. in Wopparb a. Rh. 1886, ausgel. in Magdeburg 1904; war schon Mitglied. — F. Marfshall, Humboldtstraße 53 II.

In Götting der Seher 1. Kurt Gerzdorf, geb. in Mehsdorf b. Finsterwalde 1892, ausgel. in Finsterwalde 1910; 2. Otto Rankelfig, geb. in Keiten bei Berlin 1892, ausgel. da. 1910; waren noch nicht Mitglieder. — Paul Hielker, Brautwiesenstraße 18 III.

In Roesfeld der Drucker Wilhelm Gerbert, geb. in Heidelberg 1886, ausgel. da. 1905; war schon Mitglied. — In Greven der Schweizerbege Wilhelm Weffels, geb. in Uppelhülsen 1886, ausgel. in Greven 1906; war noch nicht Mitglied. — G. Weddeler in Münster i. W., Dortmundener Straße 33.

In Konstanz der Drucker Adolf Alt, geb. in Frauenfeld (Schweiz) 1880, ausgel. da. 1900; war schon Mitglied. — Ehr. Wolf, Ridentalstraße 19.

In Bienthal (Prov. Hannover) der Seher Martin Schunck, geb. in Oberkirchen (Grafschaft Schaumburg) 1887, ausgel. da. 1905; war schon Mitglied. — Theodor Weisbrod in Verden (Aller), Stienchenstraße 5.

In Mainz der Stereotypur Otto Hildschütz, geb. in Neurrupin 1888, ausgel. in Mainz 1907; war noch nicht Mitglied. — Friedrich Conradi, Maurigenplatz 6 II.

In Quedlinburg der Schweizerbege Max Berger, geb. in Tiefenthal b. Berlin 1887, ausgel. da. 1905; war schon Mitglied. — Paul Max, Am Kanonenberge 2.

In Salzburg der Seher Karl Engel, geb. in

Gallein 1888, ausgel. in Salzburg 1906; war schon Mitglied. — Moritz Danning, Fürstentweg 5.

In Stendal 1. der Seher Karl Sauer, geb. in Modau b. Leipzig 1889, ausgel. in Leipzig 1908; war schon Mitglied; 2. der Schweizerbege Franz Demski, geb. in Hirschburg (Westpreußen) 1891, ausgel. da. 1908; war noch nicht Mitglied. — Emil Froese, Bergstraße 63 I.

In Wien der Seher Berthold Tippelt, geb. in Schönau a. R. (Pr.-Schlesien) 1889, ausgel. da. 1907; war schon Mitglied. — Leopold Pöschel in Wien VII, Seibengasse 17.

Arbeitslosenunterstützung.

Stettin. Wegen Abreise des bisherigen Verwalters wird die Arbeitslosenunterstützung vom Kollegen Karl Schulz, Töpferparkstraße 15 III, mittags von 1—1 1/2 Uhr ausgegibt.

Die Herren Reisekassenverwalter werden nochmals höflichst gebeten, dem Seher Hermann Selbiger (Hauptbuchnummer 89611), Geburtsort Kuchel, den hier erhaltenen Vorfuß von 3 Mt. abzugeben und portofrei an den Kollegen K. Schulz, Töpferparkstraße 15 III, einzuliefern.

München. Der Seher Sebastian Seitz aus Biebergau (Hauptbuchnummer 56923) verlor auf dem Wege von München nach Augsburg seine Reiselegitimation. Dieselbe wird hiermit für ungültig erklärt. Es wurde ihm ein Duplikat ausgestellt.

Verammlungskalender.

Siegen. Bezirksversammlung Sonntag, den 4. Dezember, vormittags 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“. Anträge bis 10. November an den Vorsitzenden.

Wiesbaden. Bezirksversammlung Sonntag, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zur Börse“, halle in Pegau.

Jittau. Bezirksversammlung Sonntag, den 30. Oktober, mittags 1 Uhr, im „Volks- und Gewerkschaftshaus“ (Saal).

Im Lützen und Ischleren Altbauwerk erfahrener

Schriftsetzer

für unsere Papierwarenfabrik (Sandarbeit) gesucht, der gleichzeitig Receptieren muß. Energetischer, fleißiger Fachmann findet dauernde gute Beschäftigung. Angebote unter Nr. 724 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Tüchtigen Maschinenmeister welcher auch an der Zweifachmaschinen arbeiten kann, sucht Adolf Henze Verlag, Leipzig-Neustadt. Schriftliche Angebote mit Gehaltsansprüchen und Angabe bisheriger Tätigkeit erbeten an **Alb. Kirchner, L. Neustadt, Ludwigstr. 30/38.**

Tüchtigen

Fertigmacher und Hölzbohrer der auch an der Hölzsträsmaschine arbeiten kann, sucht die **Schriftsetzerei Glinsk, Frankfurt a. M.**

Komplettsetzer, Hölzbohrer, Messinglinienarbeiter

werden gegen sehr gute Bezahlung dauernd engagiert. Nur ganz tüchtige, selbständige Arbeiter wollen sich wenden an die **Erste Ungarische Schriftsetzerei-Akt.-Ges., Budapest VI., Döbessy-Gasse 32.** [613]

Tüchtiger Anstoßer für Messinglinien findet dauernde Stellung in **Wilhelm Wollmers Schriftsetzerei Berlin SW 48, Friedrichstr. 22b.**

Tüchtigen Abdecker für meine Galvanoplastik. **F. A. Froehmann, Leipzig.**

Tüchtiger, selbständig Arbeitender Galvanoplastiker (Mund und Hand), der auch in der Stereotypie bewandert ist, zum baldigen Eintritt gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften, Angabe von Referenzen und der Gehaltsansprüche erbeten. **F. Schwann, Düsseldorf.** [725]

Schriftsetzereifaktor in der Lage, den hochgespanntesten Anforderungen der Neuzeit zu entsprechen, mit Umsicht und Energie auch dem größten Personale vorzuführen und den Betrieb rationell zu leiten, wünscht sich zu verändern. Tüchtiger Fachmann und Maschinenkennner, firm in der Herstellung von Nickelmatrizen. Werte Off. unter W. J. 687 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. Diskretion zugesichert und verlangt!

Anhang zum Tarife, von Konrad Eichler. Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie Gg. Böhmig, Leipzig, Salomonstraße 3, entgegen.

Dresdner Buchdrucker-Gesangverein.
Sonntag, den 30. Oktober, punkt 6 1/2 Uhr, im großen Saale des „Vereinshaus“, Zinzendorfstraße:
„„„ Gemeinschaftliches Konzert „„„ mit dem Gesangverein Gutenberg Leipzig.
Mitwirkung: Kammersängerin Julia Rahm-Rennebaum (Alt). Leitung: Herzogl. Anhalt. Musikdirektor A. Schweichert (Leipzig) und Tonkünstler Theobald Werner (Dresden). Am Klavier: Franz Wagner und Theobald Werner.
Nach dem Konzerte Kommers im großen Saal.
Eintrittskarten mit Programmheft à 85 und 55 Pf. einschließl. Billetsteuer, Stehplatz 30 Pf., in der Hofmusikalienhandlung von A. Klemm, Augustusstraße, Musikalienhandlung von Günther, Ziegelstraße, beim Verwalter Steinbrück und bei den aktiven Mitgliedern.
Montag, den 31. Oktober: Ausflug nach Pillnitz, Borsberg usw. Abfahrt mit Schiff früh 8 Uhr 15 Minuten.

Als Akzidenz- oder Inseratensetzer sucht zuverlässiger und selbständiger Seher sofort oder in einiger Zeit Stellung. Werte Offerten unter Nr. 729 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Die Lehre vom Akzidenzsetze das klassische Lehrbuch Waldows, ist wiederum mit 12 Nummern bis auf die neueste Zeit ergänzt worden. Das Werk zieren namentlich 99 erstklassige Beilagen auf besonderen Tafeln, die dem strebsamen Setzer manche wertvolle Anregung für die Praxis bieten. Um jedem vorwärtsstrebenden Schriftsetzer die Anschaffung dieses hervorragenden Werks zu ermöglichen, liefere ich dasselbe ausnahmsweise gegen Zahlung von wöchentlichen Raten à 2,50 Mk. Die erste Rate sowie 50 Pf. für Porto sind bei der Bestellung einzusenden. **Julius Mäser, Leipzig-R.**

Stuttgarter graphisches Versandhaus **P. Sailer** Rotenbühlstraße 54 Th. Leibniz Nachf. Preisliste gratis u. franko.

Magenleiden! Stuhlverstopfung! Hämorrhoiden! kann man selbst heilen. Auskunft ert. kostenlos gerne an jedermann Krankenschwester Marie, Nicolaistr. 6 Wiesbaden. C. 105.

Hüte in allen Preislagen bei Gutnachermeister: Berlin, Prinzenstraße 57. **Weidner**, Verbandsmitgliedschaften 10 Prozent Rabatt.

Festmarsch für Streichorchester m. Schlusssatz von Alfred Schweichert. Text des Chors von Willi Krahl. Musikdirektor WALTER SCHULZE (Leipzig) urteilt über diese Komposition: „Der Festmarsch von Alfred Schweichert ist ein äußerst stimmungsvolles Tonstück. Der Hauptsatz zeichnet sich durch wichtige Sprache, markante Themen, eine originelle Melodik und Harmonik aus. Das Trio mit Schlusssatz erhebt sich zu gewaltiger Steigerung und löste bei der Aufführung in Leipzig stürmischen Beifall aus.“
Man verlange Probepartituren von **RADELLI & HILLE, Leipzig, Salomonstraße 8.**

POSEN. * Gesangverein Typographia. Singstunden: Jedon Dienstagabend 9 Uhr im Restaurant „Fürstentronk“ in Joritz, Gr. Berliner Str. 63, am Markte. [728]
Zuschreibungen in: Pling, J. Einlapp. I. 140 Mt. [v. g. Einl. d. Beitrags] Geg. Nachn. 1,65 Mt. L. Notke, Stellberg i. G., 373. [728]

H. MATHAEUS DESSAU AGNESSTR. 23 Katalog gratis u. fr.

Königl. Sächsische Landeslotterie. (in Preussen verboten.) Günst. deutsche Staatslotterie. Die einzige, in welcher jedes 2. Los gewinnt. Hauptgewinne: 500 000, 300 000, 200 000, 150 000, 100 000 usw. usw. Ziehung 1. Klasse 7. und 8. Dezember. Lose 1/10 — 1/5 — 1/2 — 1/1. **Staatliche Kollektion** [718] Martin Kaufmann, Leipzig.

Bei den heutigen teuren Fleischpreisen sollte **kein Kollege** versäumen, durch die vorzügliche Gesundheit, Nahrung sich einen billigen, aber vollwertigen Fleischersatz zu schaffen. Das in unserem Verlag erschienene „Spezial-Fleischkochbuch“ mit farbigen Abbildungen der Fische nach Naturaufnahmen bietet jeder Hausfrau eine so reiche Fülle von Rezepten und Anweisungen, speziell wie man Fische auch mit Gemüsen verwenden kann. Das Buch sollte auf Grund seiner hervorragenden Eigenschaften in keinem **Haushalte fehlen.** Unser „Spezial-Fleischkochbuch“ wurde preis gekrönt auf der Reichsausstellung in Hannover 1910 mit der silbernen Medaille und wurde ferner von bedeutenden Fachleuten vorzüglich beurteilt. Einpreiswertes Geschenk für jede Hausfrau. Der Ladenpreis des Buchs in festlichem Einbande beträgt 3,00 Mt. Kollegen erhalten bei Aufgabe von Sammelbestellungen Vorzugspreise, und zwar bei Bezug von

10	25	50	100
2	5	12	25

 Exemplare. **In allen Orten** werden Kollegen, welche Sammlaufträge vermitteln wollen, gesucht. Probebuch auf Wunsch franco gegen franzo Rücksendung zur Verfügung. **Burdiger-Verlag Lenk & Imme** Fernspr. 1614. **Gesehsmünde, Marktstraße 1.**

Naohruf! Am 12. Oktober verschied nach langem Krankenlager unser werthes Mitglied, der Schriftsetzer **Otto Waag** im Alter von 20 Jahren, und am 16. Oktober plötzlich und unerwartet der Schriftsetzer **Jean Frickel** im Alter von 40 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihnen stets bewahren [726] **Der Bezirk Offenbach a. N.**